

Pressemitteilung

Berlin, 13.07.2023

Anstieg der Unternehmensinsolvenzen im Juni: Voraussichtlich nur ein Quartalseffekt

Im Juni weist die amtliche Insolvenzstatistik einen Anstieg der Unternehmensinsolvenzen aus – innerhalb der normalen Auf- und Abbewegungen des monatlichen Insolvenzaufkommens.

Laut aktueller Pressemitteilung* des Statistischen Bundesamts ist die Zahl der beantragten Unternehmensinsolvenzen im April 2023 im Vergleich zum Vorjahresmonat um 14,4 Prozent gestiegen. Für den zurückliegenden Monat Juni weist die amtliche Insolvenzstatistik nach vorläufigen Angaben ebenfalls einen Anstieg um 13,9 Prozent zum Vorjahresmonat Juni aus.

„Der Anstieg der Unternehmensinsolvenzen im Juni ist nicht ungewöhnlich. Er gehört zu den normalen unterjährigen Schwankungsbewegungen des Insolvenzaufkommens. Zum Ende eines Quartals stehen Erklärungsfristen und Zahlungen an öffentliche Gläubiger wie Fiskus oder Sozialversicherungsträger an. Können diese Zahlungen nicht geleistet werden, dann häufen sich die Insolvenzanträge“, erklärt Dr. Christoph Niering, Insolvenzverwalter und Vorsitzender des Berufsverbandes der Insolvenzverwalter und Sachwalter Deutschlands (VID). *„Selbst wenn sich die Steigerung der Unternehmensinsolvenzen auf dem Niveau der letzten Monate fortsetzen sollte, werden bei weitem nicht die Spitzenwerte der Unternehmensinsolvenzen wie zu Zeiten der Finanzkrise erreicht werden. 2009 mussten rund 33.000 Unternehmen Insolvenzantrag stellen.“*

Eine besondere Häufung der Insolvenzanträge ist weiterhin im Krankenhaus- und Pflegebereich, in der Bau- und Immobilienbranche sowie im Einzelhandel zu beobachten.

Das von Bund und Ländern verabschiedete Eckpunktepapier zur Krankenhausreform wird die Lage bei Kliniken kurzfristig nicht entschärfen. *„Selbst bei einer schnellen gesetzlichen Umsetzung der Krankenhausreform werden die erst für 2024/2025 angekündigten Maßnahmen für viele Krankenhäuser zu spät kommen.“*

Die Bau- und Immobilienbranche hat nach wie vor mit einer Baupreisinflation von acht Prozent zu kämpfen. Viele Bauprojekte liegen auf Eis, da die Baunachfrage auch aufgrund der stark gestiegenen Bauzinsen deutlich zurückgegangen ist.

„Wir haben in Deutschland immer noch eine relativ hohe Inflation, zuletzt von 6,4 Prozent im Juni. Man kann erwarten, dass die EZB den Leitzins bei anhaltenden Inflationsraten über fünf Prozent weiterhin erhöhen wird. Die Konsequenz ist eine Dämpfung der Konjunktur mit einhergehender Investitions- und Konsumzurückhaltung“, so der VID-Vorsitzende.

Quelle:

* 13,9 % mehr beantragte Regelinsolvenzen im Juni 2023 als im Juni 2022 (https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2023/07/PD23_274_52411.html)

** Grafik des VID: Entwicklung der Unternehmensinsolvenzzahlen in der Coronakrise (IN-Verfahren), © Verband Insolvenzverwalter und Sachwalter Deutschlands (VID)/Juli 2023, Grafik kostenfrei nutzbar

Nicht alle beantragten Insolvenzverfahren werden auch eröffnet. In der Regel liegt die Eröffnungsquote bei ca. 60 Prozent. Voraussetzung einer Eröffnung ist ein Eröffnungsgrund sowie die voraussichtliche Deckung der Verfahrenskosten.

Über den VID:

Der Verband Insolvenzverwalter und Sachwalter Deutschlands ist der Berufsverband der in Deutschland tätigen Insolvenzverwalter und Sachwalter. Mit mehr als 470 Mitgliedern vertritt er die überwiegende Mehrheit dieser Berufsgruppe. Die Mitglieder verpflichten sich auf „Grundsätze ordnungsgemäßer Insolvenz- und Eigenverwaltung“ und zur Zertifizierung nach ISO:9001. Damit setzt der Verband Maßstäbe für eine unabhängige, transparente und qualitativ anspruchsvolle Tätigkeit in Insolvenz- und Restrukturierungsverfahren. Voraussetzung für die Mitgliedschaft ist eine mindestens dreijährige Tätigkeit als Unternehmensinsolvenzverwalter oder Sachwalter.

Kontakt:

Manuela Doss, Pressereferentin

Fon: 030 20 45 55 25

E-Mail: presse@vid.de

www.vid.de